Protokoll der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS über die europäische Isotopentrennanlage (Brüssel, den 4. Februar 1957)

Legende: Am 4. Februar 1957 beauftragen die Außenminister der sechs Staaten, die in Val Duchesse an den Arbeiten der Regierungskonferenz für den Gemeinsamen Markt und Euratom teilnehmen, die Studienkommission für den Bau der europäischen Uran-Isotopentrennanlage, innerhalb von drei Monaten einen Bericht über die Machbarkeit einer solchen Anlage zu erstellen.

Quelle: Archives historiques du Conseil de l'Union européenne, Bruxelles, Rue de la Loi 175. Négociations des traités instituant la CEE et la CEEA (1955-1957), CM3. Conférence des ministres des affaires étrangères, Bruxelles, 26-28.01.1957 et 04.02.1957, CM3/NEGO/96.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL:
http://www.cvce.eu/obj/protokoll_der_konferenz_der_au%C3%9Fenminister_der_mitgliedstaaten_der_egks_uber_die_europaische_isotopentrennanlage_brussel_den_4_februar_1957-de-7b2855da-fff1-4e2a-a09d-e82382bd707a.html

Publication date: 05/11/2015

Auszug aus dem Entwurf eines Protokolls der Konferenz der Aussenminister der Mitgliedstaaten der EGKS (Brüssel, 26., 27., 28. Januar und 4. Februar 1957)

[…]

IV. EUROPÄISCHE ISOTOPENTRENNANLAGE

Herr FAURE legte die Gründe dar, aus denen sich die französische Regierung veranlasst sah, die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung der Konferenz zu beantragen. Er betonte - dies gehe aus dem Zwischenbericht der Studienkommission hervor (Dok. MAE 207/57) - , dass die „Arbeiten nicht so wirksam verlaufen sind, wie man dies erwarten konnte, da bestimmte Länder zögerten, auf die Einzelheiten ihrer Arbeiten einzugehen, insbesondere, wenn es sich um neue Verfahren handelt." Er glaube, dass die Arbeiten der Studienkommission nur dann positiv fortschreiten könnten, wenn sich alle Experten über die Entschlossenheit der Regierungen der Mitgliedstaaten im klaren seien, gemeinsam eine Isotopentrennanlage zu bauen. Er schlage daher der Konferenz vor, eine derartige Grundsatzentscheidung zu treffen.

Für eine solche Entscheidung spreche die Tatsache, dass eines der im Vertrag über die Gründung von Euratom verfolgten Ziele darin bestehe, den gemeinsamen Bau von Unternehmen zu ermöglichen, die für die Kernindustrie der Gemeinschaft von vordringlicher Bedeutung sind. Die Isotopentrennanlage gehöre zweifellos dazu. Wenn man als Gegenargument gegen dieses Vorhaben anführen wolle, dass eine Isotopentrennanlage sehr bald technisch überholt sein könnte oder die Gefahr bestünde, dass sie unwirtschaftlich arbeitet, so müssten es seine Erachtens politische Erwägungen gestatten derartige Einwände auszuschalten: Die Produktion von spaltbarem Material innerhalb der Gemeinschaft würde es dieser ermöglichen, die unbedingt erforderliche Selbstständigkeit zu besitzen, wodurch sie im Hinblick auf ihre Versorgung von dritten Ländern unabhängig würde. Darüber hinaus würden die gewonnenen technischen Erfahrungen gleichfalls zur Unabhängigkeit der Gemeinschaft beitragen.

Herr Faure führte weiter aus, dass Frankreich mit seinen Untersuchungen auf diesem Gebiet recht weit fortgeschritten sei und nicht grundsätzlich dafür entschieden habe, in naher Zukunft mit dem Bau einer Isotopentrennanlage zu beginnen. Doch halte es sein Land für zweckmässiger, eine solche Anlage auf gemeinschaftlicher Ebene zu erstellen. Es sei bereit, seine Erfahrungen und Kenntnisse seinen Partnern zur Verfügung zu stellen.

Herr VON BRENTANO erklärte, er habe durchaus Verständnis für die Gründe, die Herr Faure für den Bau einer Isotopentrennanlage angeführt habe. Gerade diese Gründe hätten die Konferenz veranlasst, die Einsetzung der Studienkommission zu beschliessen und diese zu beauftragen, den Regierungen Bericht zu erstatten, damit letztere auf Grund der jüngsten Erkenntnisse entscheiden könnten, ob der Bau einer solchen Anlage in technischer und finanzieller Hinsicht gerechtfertigt ist. Er räume ein, dass die Arbeiten der Studienkommission sich nicht so entwickelt hätten, wie man es hätte erwarten können, doch glaube er, dass es nicht Sache der Konferenz sei, an die Stelle der Experten zu treten.

Seines Erachtens müsste die Konferenz zur Beschleunigung der Arbeiten der Studienkommission den ihr erteilten Auftrag erneuern und gleichzeitig bestätigen, dass die Mitgliedstaaten die Erstellung einer Isotopentrennanlage als wünschenswert erachten, wobei die Ergebnisse eines technischen Berichts abzuwarten wären, um eine positive Entscheidung zu treffen.

Herr LUNS schloss sich der Auffassung von Herrn von Brentano an.

Herr FAURE hielt es für sehr schwierig, von den Experten zu verlangen, dass sie sich über die Zweckmässigkeit des Baues einer Isotopentrennanlage äussern, da diese Zweckmässigkeit, wie er bereits ausgeführt habe, nicht ausschliesslich auf technischen Kriterien, sondern in erster Linie auf den von ihm genannten politischen Erwägungen beruhen müsse.

Der VORSITZENDE erklärte, dass seit Beginn der Verhandlungen über Euratom einer der grundlegenden Gedanken der gemeinsame Bau einer Isotopentrennanlage gewesen sei. Seitdem sei jedoch durch den

Beschluss der Regierung der Vereinigten Staaten, Europa eine bestimmte Menge angereicherten Urans zur Verfügung zu stellen, ein neuer Umstand eingetreten. Die Unabhängigkeit der Gemeinschaft in ihrer Versorgung sei jedoch ein Erfordernis, dem wohl Rechnung getragen werden müsse. In diesem Sinne befürworte er persönlich den Gedanken der Schaffung einer Isotopentrennanlage und glaube, dann alle seine Kollegen diese Überzeugung teilten. Als Mitglied der belgischen Regierung erscheine es ihm indessen schwierig, schon jetzt zu dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, ohne dass die seines Erachtens unerlässlichen technischen und finanziellen Gegebenheiten dabei berücksichtigt werden könnten.

Da die Arbeiten der Studienkommission offenbar nicht so wirksam verlaufen seien, wie man gewünscht habe, schlage er vor, den Auftrag für die Studienkommission genauer zu bestätigen. Er bitte die französische Delegation, einen entsprechenden Entwurf hierfür auszuarbeiten.

Auf Grund des von der französischen Delegation vorgelegten Entwurfs (Dok. MAE 315/57) einigten sich die Aussenminister über folgende Erklärung:

„Die Sechs Mitgliedstaaten

1. in der Erwägung, dass die Atomgemeinschaft, deren Schaffung die Sechs Staaten beabsichtigen, die Versorgung ihrer Mitglieder durch Inanspruchnahme des Aufkommens ausserhalb der Gemeinschaft und gleichzeitig durch die Entwicklung des Aufkommens innerhalb der Gemeinschaft sichern soll,

2. in Kenntnis der Tatsache, dass einer der Mitgliedstaaten in seinen technischen Untersuchungen soweit fortgeschritten ist, dass die Entscheidung über den Bau einer Anlage für die Isotopentrennanlage von Uran 235 am 1. Juli 1957 getroffen werden könnten,

3. erachten den gemeinsamen Bau einer Isotopentrennanlage als im höchsten Masse wünschenswert und beauftragen daher die Studienkommission, innerhalb von drei Monaten einen Bericht fertigzustellen, worin zu diesem Vorhaben unter Angabe seiner grundlegenden Merkmale Stellung genommen wird.“

[…]